



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Zusätzliche Anwärterstellen für Obersekretärinnen und Obersekretäre**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Justizvollzug
Buchungskreis: 2450

Förderproduktnummer 1 - 2
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Erwachsenenvollzug, Jugendvollzug

	von	Veränderung um	auf
Leistungsplan:			
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	306.389,1	+378,0	306.767,1
Eigene Erlöse	15.632,0	0,0	15.632,0
Produktabgeltung	290.757,1	+378,0	291.135,1

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Für den Vollzugsdienst sind lediglich 165 Anwärterstellen vorgesehen. Jedoch sind über die zwei Jahrgänge der Anwärterlaufbahn insgesamt 200 Anwärter*innen vorhanden. Aufgrund der fehlenden Anwärterstellen werden in der Praxis Anwärter*innen auf Planstellen platziert, wodurch diese wiederum diese Planstellen blockieren, die i.d.R. für Tarifbeschäftigte und Beamt*innen vorgesehen sind. Infolgedessen wird die Nachwuchsplanung und die volle Stellenbesetzung in den JVs gefährdet. Daher ist ein Stellenaufschlag von 40 Stellen notwendig.

Die Mittelerhöhung bezieht sich auf den Zeitraum Juli bis Dezember 2022.

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:

Günter Rudolph